

Fragen

**für die Fragestunde der 69. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 29. November 2006**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln)	13, 14 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Kotting-Uhl, Sylvia	11, 12 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bettin, Grietje (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	26	Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.)	8, 21
Fell, Hans-Josef	28, 29 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Niebel, Dirk (FDP)	1
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 10	Nouripour, Omid	7, 20 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Hermann, Winfried	22, 27 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Pothmer, Brigitte	5, 6 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Hirsch, Cornelia (DIE LINKE.)	2, 15	Rupprecht, Albert (Weiden) (CDU/CSU) . . .	16, 17
Höhn, Bärbel	23, 30 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Scheel, Christine	18, 19 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Dr. Hofreiter, Anton	3, 4 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Wunderlich, Jörn (DIE LINKE.)	24, 25

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	9

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

1. Abgeordneter
Dirk Niebel
(FDP)

Wie bewertet die Bundesregierung, dass bis zu 10 000 Bewerber um einen Ausbildungsplatz erst rund sechs Wochen nach dem Start des Ausbildungsjahres in der Computersoftware der Bundesagentur für Arbeit aufgefunden und deshalb bei den Nachvermittlungskaktionen nicht berücksichtigt wurden (vgl. DIE WELT vom 18. November 2006)?

2. Abgeordnete
Cornelia Hirsch
(DIE LINKE.)

Ist aus der Antwort des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales auf meine schriftliche Frage 1 zur zukünftigen Gestaltung der Ausbildungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit auf Bundestagsdrucksache 16/3386 zu schließen, dass sie die neuen Möglichkeiten für mehr Transparenz und Realität in der Statistik durch Umstellung auf das Erfassungssystem VerBIS nicht nutzen will, da nicht bekannt sei, ob die Jugendlichen, die sich nach Vermittlungsvorschlägen nicht mehr bei den Agenturen oder den Trägern der Grundsicherung für Arbeitsuchende melden, noch weiterhin eine Ausbildungsstelle suchen, oder was sie tatsächlich machen, obwohl Untersuchungen des Bundesinstituts für Berufsbildung ergeben haben, dass zwei Drittel der Jugendlichen, denen alternative Vermittlungsvorschläge unterbreitet wurden, angeben, dass sie sich in einer Notsituation sehen bzw. dass ihr alternativer Verbleib nicht ihren Bildungswünschen entspricht, was bedeutet, dass eine Nutzung der Möglichkeiten des neuen Erfassungssystems VerBIS zu einer Ausbildungsstatistik führen würde, die deutlich näher an der Realität wäre, und wenn ja, warum?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

3. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie sind vor dem Hintergrund, dass der Bericht der Bundesregierung an den Deutschen Bundestag „Qualitätsoffensive im öffentlichen Personenverkehr – Verbraucherschutz und Kundenrechte stärken“ die Lücken im Verbraucherschutz klar und deutlich herausgearbeitet und Lösungsvorschläge unterbreitet hat, Medienberichte zu verstehen, dass derzeit die auch im Koalitionsvertrag enthaltenen Pläne für verbesserte Kundenrechte im Bahnverkehr und im allgemeinen öffentlichen Personenverkehr auf Eis liegen, und welche Umstände sind nach

Auffassung der Bundesregierung für das offensichtliche Stocken des Verfahrens zur Verbesserung der Kundenrechte maßgebend?

4. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass in ein und denselben Zügen, die sowohl dem nationalen wie auch dem internationalen Personenverkehr dienen, hinsichtlich der Kundenrechte nicht unterschiedliche Rechtsansprüche aufgrund divergierender Rechtssetzungsakte auf europäischer und deutscher Ebene geltend gemacht werden können, und welche Position vertritt die Bundesregierung im Hinblick auf den Erlass einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im grenzüberschreitenden Eisenbahnverkehr?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

5. Abgeordnete
Brigitte Pothmer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung politisch den Umstand, dass es ca. 45 Angehörigen der Neonaziszene und der NPD am Volkstrauertag gestattet wurde, offenbar in Anwesenheit von Bundeswehroffizieren auf dem Soldatenfriedhof in Lohheide/Bergen im Landkreis Celle Gebinde niederzulegen und Gedichte aufzusagen, und wie bewertet die Bundesregierung die Rolle der Bundeswehr als Hausherrin des Soldatenfriedhofes in diesem Zusammenhang?
6. Abgeordnete
Brigitte Pothmer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung eines Bundeswehrverantwortlichen, der laut „die tageszeitung“ vom 22. November 2006 sagte: „Ich kann niemandem verbieten, der Toten zu gedenken“, und ist sie der Meinung, dass ein Totengedenken mit neonazistischem Hintergrund mit dem Anliegen des Volkstrauertages vereinbar ist und der Würde der auf dem nicht weit von der KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen gelegenen Soldatenfriedhof Beigesetzten und ihrer Hinterbliebenen entspricht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

7. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung das fünfjährige Modellprojekt zur kontrollierten Abgabe von Heroin an Opiatabhängige in den Städten Hamburg, Hannover, Frankfurt, Köln, Karlsruhe und München bei Berücksichtigung der Ergebnisse der Studie der Universität Hamburg vom Januar 2006?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

8. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzsch
(DIE LINKE.)
- Wie sichert die Bundesregierung, dass die Mittel aus dem 6-Milliarden-Euro-Programm für industriennahe Forschung regional gerecht verteilt werden, und teilt die Bundesregierung die Sorge des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Wolfgang Tiefensee, dass möglicherweise „nur ein Bruchteil [aus diesem Programm] dem Osten zu Gute komm[t]“ (Wirtschaft & Markt 11/06)?
9. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann ist mit der Unterzeichnung der Vereinbarung zum Hochschulpakt durch die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten zu rechnen, und wie bewertet die Bundesregierung die Auswirkungen auf die Planung und Umsetzung des Studienkapazitätsausbaus an den Hochschulen, falls die Vereinbarung erst am 14. Juni 2007 rechtskräftig beschlossen wird?
10. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bedeutet die Tatsache, dass 22,5 Prozent der Bundesmittel beim Hochschulpakt für den Erhalt von Studienplätzen eingesetzt werden, nach Ansicht der Bundesregierung, dass Bund und Länder für jeden zusätzlichen Studienplatz über vier Jahre nur noch 17 050 Euro statt 22 000 Euro investieren werden, dass die Länder entsprechend mehr für jeden Studienplatz investieren müssen, weil beim Bundesanteil nun weniger Mittel für zusätzliche Studienplätze zur Verfügung stehen, oder dass Bund und Länder gemeinsam nur noch 69 750 zusätzliche Studienplätze schaffen werden, und wie will der Bund die 22,5 Prozent der Bundesmittel, die für bestehende Studienplätze aufgewandt werden und nun nicht mehr für zusätzliche Studienplätze zur Verfügung stehen, kompensieren?

11. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen plausiblen Grund gibt es dafür, dass das Atommüllendlager Asse II nicht dem Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) und damit dem Atomrecht unterstellt ist, obwohl dort atomare Abfälle endgelagert werden?
12. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was spricht gegen eine Rückholung des bereits im Asse II eingelagerten Atommülls?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

13. Abgeordneter
**Volker
Beck**
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Änderungen wird der von der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel angekündigte Referentenentwurf zur Neuregelung der Ministerpensionen, den sie im Interview in der „Bild“ vom 22. November 2006 noch für dieses Jahr angekündigt hat, gegenüber der geltenden Rechtslage beinhalten, und welche inhaltlichen Vorgaben wurden dazu gemacht?
14. Abgeordneter
**Volker
Beck**
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Weise werden außerdem die Regelungen für die Zahlung von Übergangsgeldern an ausgeschiedene Regierungsmitglieder reformiert?
15. Abgeordnete
**Cornelia
Hirsch**
(DIE LINKE.)
- Was versteht die Bundesregierung unter generationengerechtem Handeln, und wie positioniert sie sich zu der Forderung, den Grundsatz der Generationengerechtigkeit im Grundgesetz zu verankern?
16. Abgeordneter
**Albert
Rupprecht**
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Welcher zeitliche und personelle Rahmen ist für die Projektgruppe zur Ausarbeitung des Feinkonzepts der Reform der Bundespolizei vorgegeben?

17. Abgeordneter
Albert Rupprecht (Weiden)
(CDU/CSU)
- Welche Kriterien sind für Fortbestand bzw. Auflösung der bestehenden Bundespolizeiinspektionen an der bayerischen Grenze zu Tschechien maßgeblich, und in welchem Umfang wird die Reform Auswirkungen auf die Standorte und Beschäftigten in Ostbayern haben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

18. Abgeordnete
Christine Scheel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche gutachterlichen Kosten hat das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen (BMF) unter dem Titel „Die abgabenrechtliche Privilegierung gemeinnütziger Zwecke auf dem Prüfstand“ für die öffentliche Hand verursacht, und welche Kosten wurden außerdem für seine Veröffentlichung in der Schriftenreihe des BMF als Band 80 verwandt?
19. Abgeordnete
Christine Scheel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Macht das BMF sich die Empfehlungen des Gutachtens für die geplante Novelle des Gemeinnützigkeitsrechts zu eigen, weil es in der Presseerklärung des BMF Nr. 95/2006 vom 8. August 2006 u. a. heißt: „Aus ökonomischer Sicht überzeugt die Kritik des Beirats an dem eingeschränkten Wettbewerb in diesem Wachstumsbereich, der angesichts des demografischen Wandels in Zukunft noch an Bedeutung gewinnen dürfte.“?
20. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie unterstützt die Bundesregierung die Bestrebungen der Deutschen Börse zum Ausbau des internationalen Finanzstandortes Frankfurt am Main nach dem Abbrechen der Verhandlungen zur Partnerschaft mit der Betreibergesellschaft Euronext?
21. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzsch
(DIE LINKE.)
- Wie löst die Bundesregierung den Widerspruch zwischen ihrer Forderung, dass das Land Berlin größere Sparanstrengungen unternehmen muss und der Forderung, dass Berlin den Wiederaufbau des Stadtschlusses anteilig finanzieren muss, auf, und teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass der Wiederaufbau des Schlosses keinen unmittelbaren Beitrag zum Schuldenabbau des Landes Berlin leisten würde (taz vom 20. November 2006)?

22. Abgeordneter
**Winfried
Hermann**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird beim nachträglichen Einbau des Dieselfußfilters die rückwirkende Förderung ab dem 1. Januar 2006 bei einer späteren Verabschiedung des Gesetzes noch möglich sein?*)
23. Abgeordnete
**Bärbel
Höhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum hält die Bundesregierung, die ursprünglich eine Maluszahlung von 300 Euro für neue Dieselfußfilter vorgesehen hatte, nunmehr eine Maluszahlung von nur 1,20 Euro pro 100 ccm Hubraum oder etwa ca. 20 bis 30 Euro je Fahrzeug für ausreichend, um eine Umrüstung zu forcieren, und welche Rolle hat dabei der Umstand gespielt, dass die DaimlerChrysler AG nach Presseberichten im Vorfeld gegenüber der Bundesregierung den Verzicht auf die 300-Euro-Regelung gefordert hatte?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

24. Abgeordneter
**Jörn
Wunderlich**
(DIE LINKE.)
- Welche Gründe haben das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) in Absprache mit dem Bundeskanzleramt veranlasst, den Ersten Bericht über die Situation der Heime und die Betreuung der Bewohnerinnen und Bewohner entgegen § 22 des Heimgesetzes nicht dem Parlament zuzuleiten und auf eine Aussprache zu verzichten?
25. Abgeordneter
**Jörn
Wunderlich**
(DIE LINKE.)
- Worin liegt die Ursache dafür, dass das BMFSFJ zum wiederholten Male Studien, Sachberichte und Fachanalysen (zum Beispiel die Studie über die Möglichkeiten einer Umsetzung von Gender Budgeting auf Bundesebene) unter Ausschluss der gesetzgebenden Körperschaften des Bundes berät und diskutiert?
26. Abgeordnete
**Grietje
Bettin**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung ein Verbot von so genannten Killerspielen (gewaltverherrlichende Computerspiele), und womit begründet sie ihre Position?

*) Siehe hierzu auch Frage 27.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

27. Abgeordneter
**Winfried
Hermann**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Unterstützt die Bundesregierung die Auffassung der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Astrid Klug, (Pressemitteilung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Nr. 304/06 vom 21. November 2006), dass „die Blockade der CDU/CSU-Fraktion bedeutet, dass die Förderung des nachträglichen Einbaus von Dieselrußfiltern abermals unnötig verschleppt wird“?*)
28. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Stimmt die Meldung der Tageszeitung „Passauer Neue Presse“ vom 23. November 2006, dass der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Sigmar Gabriel, ein schrittweises Auswahlverfahren für die Bestimmung eines deutschen Atommüllendlagers anstrebt, und wenn nein, welchen Zeitplan strebt die Bundesregierung bei der Endlagersuche an?
29. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wenn ja, bis wann sollen die Kriterien dafür festgelegt werden, und wer soll die Suche finanzieren?
30. Abgeordnete
**Bärbel
Höhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die am 14. November 2006 in der „FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND“ veröffentlichte Einschätzung von Vertretern des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie GmbH und der Deutschen Umwelthilfe e. V., dass der Nationale Allokationsplan ein Schlupfloch der Art enthält, dass der Widerruf der Zuteilungsentscheidung von Emissionszertifikaten nur bei vollständiger Betriebseinstellung möglich ist und die Unternehmen deshalb durch den Weiterbetrieb von Kraftwerken mit geringer Auslastung Zertifikate ansammeln können, und was plant die Bundesregierung zu tun, um dieses Schlupfloch im Interesse eines effektiven Klimaschutzes zu schließen?

*) Siehe hierzu auch Frage 22.

